



Die Newsletterredaktion wünscht Ihnen schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Vielen Dank für Ihre Treue und bis zum nächsten Newsletter am 10. Januar 2012!

Wohin geht Spanien? Reflexionen zum Wahlsieg der Volkspartei.



Autor : Angel
Sanchez
Navarro

Für die neue spanische Regierung hat die strikte Einhaltung der gegenüber der Europäischen Union eingegangenen Verpflichtungen oberste Priorität. Es handelt sich hierbei um Verpflichtungen, die die jetzige Regierung in ihrer Oppositionszeit mitgetragen hat und die sie daher jetzt schwerlich ablehnen kann. Die damalige Regierungspartei wird jetzt die Oppositionsführung übernehmen. Die neue Exekutive wird sie mit Unterstützung der Kommunen und autonomen Regionen angreifen können, wo sie bei den Wahlen im letzten Mai komfortable Mehrheiten gewinnen konnte.

[Fortsetzung](#)

Zusammenfassung

Neuigkeiten : Bulgarien **Wahl** : Finnland **Finanzkrise** : Spanien - Finnland - Frankreich - Griechenland - Ungarn - Irland - Italien - Lettland - Niederlande - Großbritannien **Europäischer Rat** : EU-Russland - Vertrag **Kommission** : Erbe **Parlament** : Arbeitnehmer/Einwanderung - Verbraucherschutz - Kriminalität - ITER **Rat der Europäischen Union** : Verkehr - Justiz/Inneres - Handel - Landwirtschaft/Fischerei - Humanitäre Hilfe **EU-Rechnungshof** : Staatshilfen **Diplomatie** : Weißrussland - SEAE **Deutschland** : Angela Merkel/Bundestag **Spanien** : Parlament **Ungarn** : Bank **Tschechische Republik** : Vaclav Havel **Grossbritannien** : Debatte/EU **Ukraine** : EU-Ukraine **Schweiz** : Präsidentschaft **WTO** : WTO/Mitgliederzuwachs **Eurostat** : Beschäftigung - Inflation - Außenhandel - BIP **Studien/Berichte** : Integration/EU - Zukunft/EU - Beschäftigung - EZB **Veröffentlichungen** : Bürgerschaft - Atlas **Kultur** : Jugend - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Rom - Ausstellung/München

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

2. Jahrestag des Vertrags von Lissabon

Am 19. Dezember wird der Präsident der Robert-Schuman-Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, anlässlich des 2. Jahrestages des



Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags im Bulgarischen Parlament an einer Debatte teilnehmen. Giuliani wird zur Finanzkrise sprechen, insbesondere zu möglichen Auswege aus der Krise. Am gleichen Tag wird das Bulgarische Parlament eine Informationskampagne zu Europäischen Themen starten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wahl :

Präsidentchaftswahlen in Finnland



Am 22. Januar 2012 sind 4,4 Millionen Finnen zur Neuwahl des Staatspräsidenten und damit zur Wahl des Nachfolgers von Tarja Halonen aufgerufen - traditionsgemäß findet die Wahl am 3. Sonntag im Januar statt. Halonen, der erstmals am 6. Februar 2000 gewählt wurde, kann nicht noch einmal antreten. Der finnische Staatschef wird für 6 Jahre gewählt. Es gibt 8 Kandidaten: Sauli Niinistö, Kandidat der konservativen Versammlung (KOK), ehemaliger Justizminister (1995-1996) und Finanzminister (1996-2003); Paavo Väyrynen, Kandidat der Zentrumsparterie (KESK); Paavo Lipponen, Kandidat der Sozialdemokraten, ehemaliger Premierminister 1995; Timo Soini, Führer der Partei "Wahre Finnen" (PS); Pekka Haavisto, Kandidat der Grünen (VIHR), ehemaliger Umweltminister (1995-1999); Sari Essayah, Kandidatin der christlich-demokratischen Partei (SKL), seit 2009 Abgeordnete des Europäischen Parlaments; Paavo Arhinmäki, Kandidat der "Allianz der Linken" (VAS), deren Präsident er seit 2009 ist; Eva Biaudet, Kandidatin der Partei "Volk Schwedens" (SFP)... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Spaniens Schulden steigen weiter an



Veröffentlichungen der spanischen Zentralbank vom 16. Dezember zufolge betrug die spanische Schuldenlast im letzten Trimester 2011 66% des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Vergleich zu 58,7% des BIPs im Vorjahr. Damit verstößt Spanien gegen die im Vertrag von Maastricht festgesetzte maximale Schuldenlast von 60% des BIPs und bleibt aber immer noch weit unter dem europäischen Durchschnitt von 85,1% Staatsverschuldung im Jahr 2010. Bis Ende 2012 rechnet die spanische Regierung mit einer Staatsverschuldung von 67,2% des BIPs und hofft, die Schuldenlast bis 2014 unter 70% des BIPs zu halten... [Fortsetzung](#)

Finnland: Das Parlament spricht der Regierung das Vertrauen aus



Am 14. Dezember hat das finnische Parlament mit 116 Ja-Stimmen der Regierung von Jyri Katainen sein Vertrauen ausgesprochen. Die Parlamentarier begrüßten den Regierungskurs im Laufe der Schuldenkrise und beendeten so eine am Vortag von der Partei der Wahren Finnen angestoßene Debatte. Ihr Parteivorsitzender Timo Soini beschuldigt die Regierung, die finnische Souveränität dem Euro zu überlassen und forderte diese auf, das Ende der gemeinsamen Währung vorzubereiten. Die zweite Oppositionspartei im finnischen Parlament; die Zentrumsparterie, hat sich gegen das Ende des Euros ausgesprochen, möchte die gemeinsame Währung aber auch nicht um jeden Preis retten... [Fortsetzung](#)

Frankreich vor kurzer Rezession Ende 2011 / Anfang 2012



Nach einer Mitteilung des nationalen Statistikbüros INSEE vom 15. Dezember könnte Frankreich im 4. Quartal 2011 und im 1. Quartal 2012 eine kurze Rezessionsphase durchlaufen. Entsprechend der Mitteilung wird es "schwierig" werden, die vorhergesagten 1% Wachstum zu erreichen. Im 2. Quartal wird die Wirtschaftsleistung wieder zunehmen, jedoch nach wie vor auf niedrigem Niveau, so dass das Wachstum Ende Juni wohl 0% betragen wird... [Fortsetzung](#)

Griechenland: Angespannte Wirtschaftslage, steigende Arbeitslosigkeit

Das Haushaltsdefizit Griechenlands hat im November weiter



zugenommen, wie der griechische Finanzminister am 12. Dezember mitteilte. Nach Schätzungen beträgt das Haushaltsdefizit für den Zeitraum Januar bis November 20,52 Milliarden Euro. Somit würde ein Anstieg von 5,2% im Vergleich zum letzten Jahr vorliegen. Griechenland könnte gezwungen sein, weitere Sparmaßnahmen zu ergreifen, um die Haushaltsziele 2011 zu erreichen. Die Verschuldung Griechenlands wird für 2011 über 5,5% des BIP betragen, das Land befindet sich "in tiefster Rezession", wie der griechische Premierminister Lucas Papademos am 14. Dezember mitteilte. Die Arbeitslosenquote ist weiter angestiegen auf 17,7% im Vergleich zu 12,4% vor einem Jahr und im Vergleich zu 16,3% im 2. Quartal, wie der Vorsitzende der griechischen Statistikbehörde Esa mitteilte, demnach sind über ein Drittel der Jugendlichen arbeitslos... [Fortsetzung](#)

Der ungarische Premierminister kündigt ein schwieriges Jahr 2012 an



In einem Fernsehinterview kündigte der ungarische Premierminister Viktor Orban an, dass Ungarn sich auf ein niedrigeres Wachstum einstellen müsse. Die Wachstumsrate für 2012 wird nur "0,5%, wenn nicht weniger" betragen. Ungarn, das nicht Mitglied der Eurozone ist, ist sehr abhängig von Exporten in die Eurozone und vor allem nach Deutschland. Das Land leidet unter der wirtschaftlichen Abschwächung der Eurozone. Aufgrund eines rasanten Anstiegs der Zinsen für Staatsanleihen hat Ungarn Ende November den IWF um Hilfe gebeten. Eine Delegation des IWF hielt sich vom 13. bis 16. Dezember in Budapest auf "um die letzten Entwicklungen im Finanzsektor zu besprechen"... [Fortsetzung](#)

Irland: 5. Auszahlungstranche der IWF-Hilfsgelder



Am 14. Dezember teilte der IWF mit, dass er einer Auszahlung in Höhe von 3,9 Milliarden Euro an Irland zugestimmt habe, die 5. Tranche der im Dezember 2010 beschlossenen Hilfszahlungen. Der IWF gab in einer Pressemitteilung bekannt, dass der Verwaltungsrat für die Auszahlung grünes Licht gegeben habe, womit die Gesamtsumme der an Dublin ausgezahlten Gelder nunmehr 13,1 Milliarden Euro beträgt. Irland wurde vor einem Jahr mit einem Rettungsplan von 85 Milliarden Euro bedacht, von denen der IWF 22,5 Milliarden Euro übernimmt... [Fortsetzung](#)

"Rettung Italiens"



Am 15. Dezember hat das italienische Parlament der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, indem die Abgeordneten für das Gesetz vom 6. Dezember mit dem Titel "Rettung Italiens" stimmten. Das Gesetz enthält dringende Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums und zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts. Der italienische Premierminister Mario Monti hatte zuvor am 13. Dezember seine Sparpläne in Höhe von 33 Milliarden Euro vor einem Parlamentsausschuss verteidigt, er unterstrich hierbei, dass Italien sich in einem "wirtschaftlichen Notstand" befände. Das von der Regierung beschlossene Sparkpaket sieht eine Erhöhung der Immobiliensteuern vor, eine Absenkung der Renten und eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Monti gab zu, dass die Maßnahmen zu einer Schwächung der Inlandsnachfrage führen könnten, jedoch sei "die Gesamtheit des Plans richtig"... [Fortsetzung](#)

Lettland: Verabschiedung des Sparpakets für 2012



Das lettische Parlament hat am 15. Dezember einen Sparhaushalt für 2012 verabschiedet, der auf einem Anstieg des BIP in Höhe von 2,5% basiert, gegenüber 4,5%, die für 2011 erwartet werden. Der Haushalt wurde mit 56 Ja-Stimmen bei 42 Gegenstimmen angenommen. Das Haushaltsgesetz 2012 geht von einem Haushaltsdefizit in Höhe von 2,5% des BIP aus, mit reduzierten Staatsausgaben auf 5,45 Milliarden Lats (7,75 Milliarden Euro) und Einnahmen in Höhe von 5,57 Milliarden Lats. Der lettische Premierminister Valdis Dombrovskis sprach von einem "positiven Signal in Bezug auf die Haushaltsdisziplin Lettlands und seine Zukunftsperspektiven"... [Fortsetzung](#)

Niederländische Wirtschaft in Rezession



Nach aktuellen Zahlen des niederländischen Statistikbüros CPB befindet sich die niederländische Wirtschaft in einer Rezession. CPB sieht einen Rückgang auf 0,5% des BIP im Jahr 2012 voraus. Das Büro erklärt diese Entwicklung mit dem Abschwächen der Weltwirtschaft und dem fehlenden Vertrauen der Verbraucher. Nach Annahmen von CPB kann die niederländische Regierung das öffentliche Defizit reduzieren, auf 4,1% des BIP im Jahr 2012, gegenüber 4,6% im Jahr 2011. Die Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits sind die Ursache der Rezession. Nach Meinung von CPB hängen die Perspektiven für 2012 "von der europäischen Krise" ab... [Fortsetzung](#)

Hohe Arbeitslosigkeit in Großbritannien



Die Zahl der Arbeitslosen erreichte Ende Oktober mit 2,64 Millionen Arbeitslosen den höchsten Stand seit 17 Jahren, trotz einer insgesamt gleichbleibenden Quote von 8,3%, entsprechend letzten offiziellen Mitteilungen vom 14. Dezember. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg um 128 000, während die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 16-24 Jahren weiterhin ansteigt und die symbolisch bedeutsame Grenze von einer Million bereits überschritten hat. Die Zahl der Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung wurde im Rahmen des Sparprogramms der Regierung unter Premierminister David Cameron letzten Sommer um 67 000 Stellen reduziert. Nach letzten offiziellen Angaben soll der Sparplan letztendlich zu einer Streichung von 700 000 Stellen im öffentlichen Dienst führen... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

28. EU-Russland-Gipfel



Die Präsidenten des Rates der Europäischen Union und der Kommission, Herman Van Rompuy und José Manuel Barroso und der russische Präsident Dimitri Medwedew haben sich am 15. Dezember zum 28. EU-Russland-Gipfel getroffen. Die Teilnehmer einigten sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit in Visa-Fragen. Hierbei sollen Regelungen getroffen werden, die es Bürgern der Europäischen Union und russischen Staatsbürgern erlauben, für kurze Aufenthalte ohne Visum in sämtliche Schengenstaaten und nach Russland einzureisen. Die EU erklärte ihre Bereitschaft, den Beitritt Russlands zur WTO zu unterstützen, der für 2012 vorgesehen ist. Sensible Themen wie die Situation in Syrien und das Atomprogramm Irans wurden ebenso besprochen. Hinsichtlich der Krise der Eurozone erklärte sich der russische Präsident zu Hilfszahlungen bereit, die gemeinsam mit Zahlungen anderer Länder über den IWF ausgezahlt werden könnten. Die Zahlungen könnten bis zu 20 Millionen Dollar betragen... [Fortsetzung](#)

Europäisches Vertragsprojekt



Entsprechend des Vorschlags, der in weiten Teilen die Beschlüsse des letzten Gipfeltreffens am 9. Dezember enthält, erhält die Europäische Kommission neue Kompetenzen, die bisher allein die Mitgliedsländer der Eurozone inne hatten: "Sobald die Kommission feststellt, dass ein Mitgliedstaat die 3%-Grenze nicht einhalten wird (...). Maßnahmen und Sanktionen, die von der Kommission vorgeschlagen und empfohlen werden, werden verabschiedet, falls die Mitgliedsländer der Eurozone sich nicht mit qualifizierter Mehrheit dagegen aussprechen." Hauptachsen des Vertragsentwurfs sind: eine verstärkte Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion und eine Stärkung der Stabilisierungswerkzeuge... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Grenzüberschreitendes Erbrecht



Die Europäische Kommission beschäftigt sich mit Problemen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Erbfällen, wie der Finanzkommissar Algirdas Šemeta am 15. Dezember bekannt gab. Nach Worten der Kommission "müssen Bürger der Europäischen Union im Falle eines ausländischen Erbes oft in mehr als einem Mitgliedsland Steuern zahlen". Es gibt Fälle, in denen die Erben ihr Erbe veräußern müssen, um die Steuern bezahlen zu können. Dieses Phänomen betrifft besonders kleine

Unternehmen. Die Kommissin strebt keine Angleichung des Steuerrechts an, sondern empfiehlt "eine flexiblere Anwendung des nationalen Rechts zur Vermeidung einer doppelten Besteuerung". Die Kommission wird die Aufnahme ihrer Vorschläge durch die Mitgliedsländer verfolgen. In drei Jahren soll ein erster Bericht zur Bewertung vorgelegt werden... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Kombinierte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in der EU



Am 13. Dezember hat das europäische Parlament für eine "kombinierte Erlaubnis" gestimmt, die eingewanderten Arbeitnehmern, die sich legal in der EU aufhalten, Erleichterungen bringen soll durch eine Harmonisierung innerhalb der EU bezüglich Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Die Richtlinie sieht darüber hinaus eine Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften vor mit einer kombinierten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Die Mitgliedsländer haben zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen... [Fortsetzung](#)

Neue Kennzeichnung für Fruchtsäfte



Am 14. Dezember stimmte das Europäische Parlament für neue Regeln bei der Kennzeichnung von Fruchtsäften und Nektar, wie für ähnliche Produkte. Es muss in Zukunft klar erkennbar sein, ob es sich um "Saft" oder "Nektar" handelt. Täuschende Bezeichnungen sollen für mehr Verbraucherschutz verhindert werden, dies gilt auch für Täuschungen bezüglich Mischungen von Fruchtsäften und irreführenden Bezeichnungen wie "ohne Hinzufügung von Zucker"... [Fortsetzung](#)

Europäischer Schutz von Gewaltopfern



Die europäischen Abgeordneten haben während ihrer Sitzung am 13. Dezember für den Bericht von Teresa Jiménez-Becerril Barrio und die darin enthaltenen Prinzipien gestimmt. Hiernach sollen Personen, die in einem Mitgliedsland der Union durch dessen Strafrecht geschützt sind, den gleichen Schutz in jedem anderen Land der Union erhalten. Dies bedeutet, dass zum Beispiel Opfer von Gewalt, sexistischer Gewalt, Belästigung, Entführung, Mordversuchen oder versuchtem Totschlag von dieser Regelung betroffen sind. Der Rat der Europäischen Union muss dem Textvorschlag zustimmen, der innerhalb von 3 Jahren in nationales Recht umgesetzt werden muss... [Fortsetzung](#)

Finanzierung des ITER-Projekts



Der Haushaltsausschuss des europäischen Parlaments hat das Abkommen des Rates bezüglich der Finanzierung des ITER-Projekts gebilligt. Dementsprechend erhält das Projekt, in dessen Rahmen europäische Forschung im Bereich Fusionsenergie betrieben wird, von 2012 bis 2013 1,3 Milliarden Euro Fördermittel. Die finanzielle Förderung des Projekts wird allerdings immer wieder in Frage gestellt. Einerseits ist die Europagruppe der Grünen der Ansicht, dass keine öffentlichen Gelder für nukleare Projekte zur Verfügung gestellt werden sollte. Andererseits fordern 6 Länder (darunter Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) weitere Garantien... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Auf dem Weg zu einer einheitlichen europäischen Schienenbewirtschaftung



Die 27 Verkehrs- und Telekommunikationsminister einigten sich am 12. Dezember auf ein Abkommen bezüglich einer Richtlinie für einen gemeinsamen Schienenraum, der zu einer Vereinfachung, mehr Klarheit und zu einer Modernisierung der geltenden Regelungen führen soll und somit den Weg bereiten soll in Richtung gemeinsame Bewirtschaftung im Schienenverkehr. Bezüglich des Transports auf Straßen entschieden die Minister, den Kampf gegen Betrug zu verstärken, indem die Regeln bezüglich Tachographen ausgebaut werden, die sich in den Fahrzeugen befinden müssen. Bezüglich des

Transports auf dem Wasser wurde ein gemeinsamer Entschluss bezüglich der Verpflichtung zu doppelten Wänden gefunden und eine Richtlinie zu Minimalanforderungen an die Ausbildung von Schiffsfahrern. Bezüglich Telekommunikation wurden Entschlüsse zur Förderung eines offenen und neutralen Internet verabschiedet, wie auch zu einem Harmonisationsprogramm für Radiofrequenzen; das Parlament muss im Februar 2012 hierüber entscheiden... [Fortsetzung](#)

Grünes Licht für neues Passagierdatenabkommen zwischen EU und USA



Am 13. und 14. Dezember haben die Justiz- und Innenminister der EU die Unterzeichnung des Abkommens mit den USA akzeptiert. Damit können die Flugdaten der Passagiere weitergeleitet werden. Darüber hinaus konnte keine Einigung über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenabkommen erzielt werden. Zusammen mit ihren Amtskollegen aus Island, Lichtenstein, Norwegen und der Schweiz haben die EU Justiz- und Innenminister die Umsetzung des Schengener Informationssystems II (SIS II) überprüft und die aus grenzüberschreitender Kriminalität entstehenden Probleme diskutiert... [Fortsetzung](#)

Beitritt Russlands und der Samoa-Inseln zur WTO



Auf dem Gipfeltreffen des Rates für auswärtige Angelegenheiten standen Themen des Außenhandels im Vordergrund. Die 27 Minister stimmten für den Beitritt Russlands und der Samoa-Inseln zur Internationalen Welthandelsorganisation (WTO), ferner stimmten sie für die Ausarbeitung einer Vorzugsbehandlung im Rahmen der WTO für Dienstleistungen, die aus den am wenigstens entwickelten Ländern kommen. Darüber hinaus erklärten die Minister gegenüber der Europäischen Kommission ihr Einverständnis dahingehend, dass diese Verhandlungen aufnimmt zum Abschluss von Freihandelsabkommen mit Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien... [Fortsetzung](#)

Minister einigen sich auf Fischfangquoten für 2012



Am 15. und 16. Dezember einigten sich die 27 Landwirtschafts- und Fischereiminister auf eine Regelung bezüglich der Fischfangquoten für 2012. Die Minister betonten darüber hinaus die Bedeutung der gemeinsamen Agrarpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsposition der EU... [Fortsetzung](#)

Hilfe für Bedürftige



Aufgrund einer am 15. Dezember im Rat erzielten politischen Einigung wird das Lebensmittelhilfsprogramm für Bedürftige für 2 Jahre, 2012 und 2013, fortgeführt. Im Rahmen des Projekts stehen jährlich bis zu 500 Millionen Euro für mehr als 18 Millionen Bedürftige zur Verfügung. Das Projekt ist Bestandteil der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik und soll in erster Linie Hilfsorganisationen finanzielle und logistische Mittel zur Verfügung stellen, um die notwendigen Lebensmittel beschaffen zu können... [Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Bericht zu Staatshilfen



Am 15. Dezember hat der EU-Rechnungshof einen Bericht veröffentlicht, der die Mittel der Europäischen Kommission beleuchtet, die diese zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit und Wirkungsweise der Staatshilfen einsetzt. Der Rechnungshof kritisiert, dass die Prüfungen zu lange dauern, auch wenn die Kommission während der Krise schnell reagiert hat. Der Hof fordert außerdem mehr Transparenz in den Entscheidungen. Darüber hinaus hält der Rechnungshof fest, dass die Studien zu den Auswirkungen der Hilfen verbessert werden könnten... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Rat verschärft Sanktionen gegen Weißrussland



Am 16. Dezember hat der Rat die Sanktionen gegen das Regime von Alexander Lukaschenko in Weißrussland verschärft. Zwei der für die Verurteilung des Menschenrechtsaktivisten Ales Beliatski zuständigen Personen wird zukünftig die Einreise in die EU verwehrt. Damit umfasst die Liste der mit einem Einreiseverbot in die EU belegten Personen 210 Individuen. Der Rat hat außerdem entschieden, die Sanktionen gegen einige dem Regime nahestehende Unternehmen aufrechtzuerhalten. Hiervon ist unter anderem BelTechExport, eines der Hauptrüstungsunternehmen Weißrusslands betroffen. Produkte, die zur innerstaatlichen Unterdrückung politischen Widerstands genutzt werden könnten, dürfen weiterhin nicht nach Weißrussland exportiert werden und unterliegen einem Embargo. In einer gemeinsamen Erklärung vom 18. Dezember haben die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union Catherine Ashton und die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton erneut darauf hingewiesen, dass die Unterdrückungen, die vor einem Jahr nach den Präsidentschaftswahlen begonnen hatten, immer weiter zunehmen. Sie fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen... [Fortsetzung](#)

Gemeinsamer auswärtiger Dienst verbessert?



Berlin, Paris, Warschau und neun weitere Hauptstädte fordern von der Chefin des europäischen auswärtigen Dienstes eine Verbesserung der Abläufe, angesichts der häufigen Kritik wegen des Mangels an Initiative und Organisation. Der gemeinsame auswärtige Dienst (SEAE), der im Dezember 2010 gestartet wurde, "ist ein komplexer Prozess, der Zeit braucht", wie die Länder in einem gemeinsamen Dokument zugeben. Sie schlagen jedoch eine Verbesserung der Vorbereitung der monatlichen Sitzungen der Europaminister vor, die mit einer "Herausstellung der politischen Prioritäten" einhergehen müsse und sie werfen die Frage auf, ob der Dienst die richtige Struktur aufweise, um eine effiziente Zusammenarbeit mit der Kommission zu ermöglichen... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum "neuen Europa"



Am 14. Dezember erläuterte die Bundeskanzlerin Angela Merkel die auf dem am 9. Dezember während des Gipfels getroffenen Entscheidungen vor den Abgeordneten des Bundestages. Europa habe wichtige Weichen gestellt auf dem Weg zu einer Fiskalunion, betonte Merkel. Es sei ein Prozess in Gang gesetzt worden, der Europa gestärkt aus der Krise führen werde. "Ein neues Europa der Stabilität, der Solidarität und des Vertrauens" ist auf den Weg gebracht worden, erklärte die Kanzlerin... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Jesus Posada neuer Präsident des Kongresses, Pio Garcia-Escudero neuer Chef des Senats



Am 13. Dezember wurden zwei Anhänger des künftigen spanischen Regierungschefs Mariano Rajoy zu Vorsitzenden der zwei Parlamentskammern gewählt. Jesus Posada, 66 Jahre, wurde zum neuen Präsidenten des Kongresses (Unterhaus des Parlaments) gewählt. Pio Garcia-Escudero, 59 Jahre, wurde zum Senatsvorsitzenden gewählt. Die neue Regierung der spanischen Volkspartei (PP), die am 20. November die Wahlen gewonnen hat, muss am 22. Dezember gebildet werden, nachdem der neue Premierminister am 21. Dezember sein Amt antreten wird... [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Unabhängigkeit der Ungarischen Nationalbank bedroht



Am 15. Dezember haben sich der Internationale Währungsfond (IWF), die Europäische Union und die Europäische Zentralbank (EZB) besorgt gezeigt. Zuvor hatte die ungarische Regierung im Parlament ein neues Reformprojekt vorgestellt, das die Unabhängigkeit der ungarischen Nationalbank bedroht. Der Text sieht vor, dass nicht mehr der Gouverneur der ungarischen Nationalbank seine Stellvertreter wählt sondern der Regierungschef. Weiterhin wird vorgeschlagen den Währungsrat, der über die Zinspolitik entscheidet, von 7 auf 9 Mitglieder zu erweitern, so dass sechs -

anstelle wie bisher vier - Mitglieder vom Parlament entsandt werden. Aus der Sicht von Andras Simor, Gouverneur der ungarischen Nationalbank, kommt das Reformprojekt einem Übernahmeversuch der Zentralbank durch die Regierung gleich. Die Kommission hat zusammen mit dem Internationalen Währungsfond beschlossen, einen Besuch zur Vorbereitung von Gesprächen über internationale Kredite für Ungarn abzubereiten. Sie ist besorgt, da die ungarische Regierung auf die Verabschiedung eines Gesetzes drängt, das möglicherweise die Unabhängigkeit der Zentralbank untergräbt... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :

Vaclav Havel starb am 18. Dezember 2011



Vaclav Havel, Ikone der "samtenen Revolution" in Prag im Jahr 1989 und zunächst Präsident der Tschechoslowakei, dann Tschechiens von 1989 bis 2003, verstarb am frühen Morgen des 18. Dezember 1989, nachdem er aufgrund seiner Gefangenschaft unter dem ehemaligen kommunistischen Regime an zahlreichen gesundheitlichen Problemen gelitten hatte... [Fortsetzung](#)

Grossbritannien :

Bewegte Debatte im Parlament



Der konservative britische Premierminister David Cameron verteidigte am 12. Dezember vor dem Unterhaus sein Veto gegen einen neuen europäischen Vertrag, indem er betonte, dass es seine Pflicht gewesen sei, Garantien für sein Land einzufordern, die Abwesenheit des liberaldemokratischen Vize-Premierministers Nick Clegg offenbarte jedoch den tiefen Graben innerhalb der Regierungskoalition. "Grossbritannien bleibt vollständiges Mitglied in der EU und die Ereignisse der letzten Woche werden hieran nichts ändern (...) Wir sind in der EU und wir wollen weiterhin dabei bleiben", erklärte Cameron. Er fügte hinzu: "Die richtige Antwort war "kein Vertrag". Das war nicht einfach, aber es war der richtige Weg"... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Schlechtes Timing für den EU-Ukraine-Gipfel



Welche Notwendigkeit besteht, jetzt ein Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine abzuhalten, zu einem Zeitpunkt, an dem die Beziehungen zwischen beiden Parteien mehr als schlecht sind? Europa wäre gut beraten gewesen, ein bisschen mehr Entschlossenheit zu zeigen, um den jetzigen ukrainischen Entscheidungsträgern klar zu machen, dass die aktuellen Entwicklungen inakzeptabel sind. Welches Interesse hat Polen, das die Ratspräsidentschaft inne hat, an diesem Gipfeltreffen, wobei Polen als unmittelbarer Nachbar der Ukraine der größte Befürworter des Gipfels ist, obwohl klar ist, dass keinerlei Abkommen zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet werden wird. Es wäre weise und vernünftig gewesen, den Gipfel zu verschieben und in dieser Zeit auf die Prinzipien und Werte Europas bezüglich Demokratie, Grund- und Menschenrechte hinzuweisen. Europa hat darüber hinaus eine Gelegenheit verpasst, sich auf internationalem Parkett zu behaupten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schweiz :

Eveline Widmer-Schlumpf ist 2012 neue Bundespräsidentin der Schweiz



Am 14. Dezember wurde die derzeitige Vorsteherin des eidgenössischen Finanzdepartements, Eveline Widmer-Schlumpf (Bürgerlich-Demokratische Partei, BDP), mit 174 Stimmen zur neuen Bundespräsidentin gewählt. Sie folgt damit der Sozialistin Micheline Calmy-Rey nach und wird 2012 dem Bundesrat vorstehen. Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Vereinigten Bundesversammlung in der Session nach der Gesamterneuerung des Nationalrates gewählt. Die Sitze werden einzeln und nacheinander besetzt, in der Reihenfolge des Amtsalters der bisherigen Amtsinhaberinnen oder Amtsinhaber. Erstmals in seiner Geschichte wird der Bundesrat durch ein BDP-Mitglied angeführt... [Fortsetzung](#)

WTO :

Welthandelsorganisation begrüßt neue Mitglieder



Am 16. und 17. Dezember wurden die Beitritte Russlands, Montenegros und der Samoa Inseln zur Welthandelsorganisation (WTO) besiegelt. Von nun an gehören 157 Staaten, darunter sämtliche Staaten der G20, der WTO an. Die Europäische Union begrüßt den Beitritt der 3 Länder. Dieser ermöglicht es den Handel im Rahmen eines stabilen Regelwerks durchzuführen und die Beziehungen womöglich noch zu vertiefen...

[Fortsetzung](#)

Eurostat :

Rückgang der Beschäftigung in der Eurozone und in der Europäischen Union



Am 15. Dezember veröffentlichte Eurostat aktuelle Zahlen zur Beschäftigung in der Eurozone und in der Europäischen Union. Für beide Zonen ist für das 3. Quartal 2011 ein Rückgang um 0,1% zu verzeichnen. Bezogen auf ein Jahr ist ein Anstieg von 0,2% für die Eurozone zu verzeichnen und ein Rückgang von 0,1% für die Union.

Der Immobilien- und Bausektor ist am meisten von diesem Rückgang betroffen, während in der Verwaltung, in öffentlichen Dienstleistungen und in der Industrie die meisten Arbeitsplätze geschaffen wurden... [Fortsetzung](#)

Jährliche Inflationsrate in der Eurozone beträgt 3%



Am 15. Dezember veröffentlichte Eurostat die Inflationsrate für den Monat November. In der Eurozone liegt die Inflationsrate bei 3%, unverändert zum Vormonat, aber im Vergleich zum Vorjahr liegt ein Anstieg um 1,1% vor. In der gesamten Union beträgt die Inflationsrate 3,4%, unverändert zum Vorjahr, aber auch hier um 1,1% höher als im

Vorjahr... [Fortsetzung](#)

Handelsbilanzüberschuss der Eurozone



Im Monat Oktober 2011 verzeichnete die Eurozone einen Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, nach einer Veröffentlichung von Eurostat vom 16. Dezember, somit 2 Milliarden weniger als vor einem Jahr. Die gesamte Union verzeichnet demgegenüber ein Defizit in Höhe von 11 Milliarden Euro, damit liegt eine Erhöhung um 1,4 Milliarden im Vergleich zum letzten Jahr vor... [Fortsetzung](#)

2010: Höhe des BIP je nach Mitgliedsland unterschiedlich



Nach aktuellen Zahlen, die Eurostat am 13. Dezember veröffentlichte, gibt es zwischen den Bruttoinlandprodukten (BIP) der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union für das Jahr 2010 sehr große Schwankungen, von 44% bis 271% gemessen am Durchschnitt. Ganz vorne befinden sich Luxemburg und die Niederlande, am anderen Ende Bulgarien und Rumänien. Großbritannien und Frankreich erreichen einen ungefähr um 10% höher liegenden Wert als der Durchschnitt, während Spanien und Italien ziemlich genau den Durchschnitt repräsentieren... [Fortsetzung](#)

Studien/Berichte :

Die Europäische Union angesichts der Krise: Ist mehr Integration notwendig?



Das französische Institut für internationale Beziehungen (IFRI) hat eine Studie veröffentlicht mit dem Titel: "Die Europäische Union angesichts der Krise: Ist mehr Integration notwendig?". Die Studie ist in drei Bereiche unterteilt. Zunächst werden die verschiedenen Facetten von Integration analysiert. Im folgenden wird die Entwicklung des europäischen Projekts dargestellt mit dem Schwerpunkt, wie die verschiedenen Akteure mit der Integration umgehen (das Paar Deutschland-Frankreich, die Staaten außerhalb der Eurozone, die europäischen Institutionen). Am Ende wird die Rolle der Union in der Welt erläutert, da die EU nicht in einem abgeschlossenen Raum agiert... [Fortsetzung](#)

Wie geht es weiter nach den Gipfelbeschlüssen vom 9. Dezember?



Die Stiftung für internationale Beziehungen und auswärtigen Dialog (FRIDE) hat nach dem europäischen Gipfel am 8. und 9. Dezember eine Studie veröffentlicht. Die Studie analysiert, inwiefern die Beschlüsse geeignet sind, den Euro zu retten, angesichts der Sparpolitik, die überall in Europa vorherrscht und die zu einem politischen Legitimitätsverlust in den europäischen Mitgliedsländern führt. Nach Meinung des Autors ist allein eine Politik im Rahmen der gemeinsamen europäischen Institutionen wirkungsvoll... [Fortsetzung](#)

Entwicklung des Arbeitsmarktes und Sozialpolitik in Europa



Am 15. Dezember teilte die Europäische Kommission mit, dass Maßnahmen der Sozial- und Beschäftigungspolitik "notwendig" seien, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. "Um wirkungsvolle Antworten auf die Wirtschaftskrise in Europa zu finden und um neues Wachstum zu schaffen, müssen wir gemeinsam gegen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise vorgehen", betonte der für soziale Fragen zuständige Kommissar Laszlo Andor anlässlich der Präsentation des ersten Jahresberichts zur "Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik in Europa". Die Schlußfolgerungen des Berichts verdeutlichen, inwiefern die Wirtschaftskrise die Strukturmängel Europas offengelegt hat, wie zum Beispiel ungleiche Einkommen und das Verschwinden mittlerer Einkommen, insbesondere in den Bereichen Industrie und Baugewerbe... [Fortsetzung](#)

EZB-Statistik



Die EZB hat ihre monatliche Wirtschaftsstatistik für den Monat Dezember veröffentlicht. Die Zahlen weisen auf einen sehr leichten Anstieg der Beschäftigung hin, jedoch gleichzeitig auf eine starke Verteuerung der Finanzierung auf den Märkten der Mitgliedsländer; es handelt sich um einen Anstieg von 0,4% innerhalb eines Monats in der Eurozone. Die Indikatoren, die das Vertrauen bewerten, weisen sämtlich nach unten... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Die Europäische Bürgerschaft



In der Sammlung TRANS EUROPE EXPERTS ist die Studie "Die Europäische Bürgerschaft" erschienen, herausgegeben von B. Fauvarque-Cosson, E. Pataut et J. Rochfeld. Die Studie analysiert die Entwicklungen der 'Europäischen Bürgerschaft', die 1992 mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt wurde. Die Idee eines vereinten Europas scheint heute bedroht. Könnte die Europäische Bürgerschaft das Projekt sein, das zu einer neuen Ziel- und Interessengemeinschaft führt, in Europa und darüber hinaus?.. [Fortsetzung](#)

Hinter den Karten



Der Verlag "Tallandier" hat soeben "Le dessous des cartes" ("Hinter den Karten") von Jean-Christophe Victor veröffentlicht. Die Publikation ist in drei Themenblöcke unterteilt: Die Erschütterungen der Welt, die Gewaltherde in der Welt und die Veränderungen der Grenzen in der Welt, wobei jedes Thema durch Karten erläutert wird. Hierdurch erhält der Leser wertvolle Einblicke und Erkenntnisse zum Verständnis der Welt, in der wir leben und eine Vorstellung von der Welt, in der wir leben werden... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Jetzt bewerben für den Karlspreis der europäischen Jugend!



Der europäische Jugendkarlspreis soll Jugendliche für die Europäische Union begeistern und zu einer neuen Beschäftigung mit der europäischen Integration motivieren. Mit dem Preis werden Projekte ausgezeichnet, die die Zusammenarbeit, den Dialog und das Verständnis füreinander innerhalb der Europäischen Union fördern und

die zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Identität führen. Der Preis wird jährlich vom Parlament der Europäischen Union und der Stiftung des internationalen Karlspreises in Aachen verliehen. Die drei besten Projekte erhalten ein Preisgeld in Höhe von 5000, 3000 und 2000 Euro. Bewerbungen sind noch bis zum 23. Januar 2012 möglich!.. [Fortsetzung](#)

Berlin-München 1905-1920. Der Blaue Reiter versus Brücke



Die Pinakothek von Paris widmet den beiden unterschiedlichen, aber gleichsam repräsentativen Hauptströmungen des deutschen Expressionismus eine Ausstellung: "Der blaue Reiter" und "Brücke". Anhand von über 500 Meisterwerken von Kirchner, Nolde, Schmitt-Rottluff und Kadinsky werden die beiden unterschiedlichen Strömungen des deutschen Expressionismus veranschaulicht. Die Ausstellung ist bis zum 11. März 2012 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Das Duo Klimt/Hoffmann im Belvedere in Wien



Anlässlich des 150. Geburtstags von Klimt (1862-1918) widmen ihm gleich 8 Wiener Museen Ausstellungen, die Gelegenheit bieten, Gemälde, Skizzen und Studien des Künstlers zu entdecken oder wieder zu entdecken. Bis zum 4. März 2012 präsentiert das Belvedere Museum in Wien, das die größte Sammlung an Klimt-Werken besitzt, eine Ausstellung über Klimt und den österreichischen Designer Joseph Hoffmann. Diese Ausstellung zeigt die gemeinsamen Visionen der beiden Künstler bezüglich verschiedener Aspekte des Alltagslebens... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Garibaldi und Italien



[Fortsetzung](#)

Anlässlich des 150. Jahrestags der Einheit Italiens präsentiert die Bibliothek des Abgeordnetenhauses bis zum 20. Januar 2012 die Ausstellung "Garibaldi für Italien - Italien für Garibaldi". Die untrennbare Verbindung zwischen dem Nationalhelden und seinem Land ist in die Geschichte der italienischen Republik eingraviert. Die Ausstellung folgt dieser Verbindung, die auch heute noch fortbesteht...

Jules Chéret, Pionier der Werbeanzeigen



[Fortsetzung](#)

In Zusammenarbeit mit dem Museum "Arts décoratifs" in Paris widmet die Villa Stuck in München dem Künstler Jules Chéret (1836-1932) eine große Ausstellung. Chéret ist der Pionier der Werbeanzeigen. Die Ausstellung, die zuerst in Paris gezeigt wurde, zeigt das komplette Werk des Künstlers, das zwischen Kunstgewerbe und Bildender Kunst angesiedelt ist. Die Ausstellung ist noch bis zum 5. Februar 2012 geöffnet...

Agenda :



19. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Umwelt"

Kiew
Gipfeltreffen EU-Ukraine

Eurogruppe



22. Dezember
EZB-Ratssitzung

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Jennifer Ruther, Julian Schorpp

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}